



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe VII/2010)

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

diese vergangene Sitzungswoche war erneut geprägt vom UN-Einsatz in Afghanistan. Die Toten und Verletzten der letzten Wochen haben die öffentliche Debatte über den Einsatz der Bundeswehr am Hindukusch verstärkt. Der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel hat in seiner Erwiderung auf die Regierungserklärung der Kanzlerin deutlich gemacht, dass Kriegsrhetorik keine Probleme löst. Zudem hat die SPD-Bundestagsfraktion eine unabhängige Überprüfung der Mandatsziele und der Strategie gefordert. Verteidigungsminister Guttenberg hat mit seiner Aussage vor dem Kundus-Untersuchungsausschuss versucht, sich heraus zu laviieren. Jedoch passten seine Aussagen nicht zu denen des ehemaligen Generalinspektors Schneiderhan und des früheren Staatssekretärs Wichert.

Insgesamt gab es in dieser Woche drei Regierungserklärungen, was ungewöhnlich ist und wohl die Probleme des Merkel-Kabinetts übertünchen soll. Vor allem Wirtschaftsminister Brüderle hat angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise kein wirksames Konzept anzubieten, damit Deutschland gestärkt aus der Talsohle kommt. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank Walter Steinmeier tritt deshalb für die Einsetzung einer „Fortschritts-Enquete-Kommission“ ein, die Vorschläge für grundlegende Konsequenzen aus der Wirtschaftskrise erarbeiten soll. Dabei müssen nachhaltige Lebensqualität, Teilhabe und sozialer Fortschritt stärker berücksichtigt werden.

Um die Chancen für alleinerziehende Eltern und ihre Kinder zu verbessern, haben die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Dagmar Ziegler und die stellvertretende Parteivorsitzende Manuela Schwesig ein Acht-Punkte-Programm vorgestellt. Im Mittelpunkt steht ein Rechtsanspruch für Alleinerziehende auf Ganztagsbetreuung ihrer Kinder. So soll den Eltern ermöglicht werden, den Kopf für eine Erwerbstätigkeit frei zu haben. Deshalb fordert die SPD, die zwei Milliarden Euro für das kontraproduktive Betreuungsgeld, das Eltern gezahlt werden soll, wenn sie ihre Kinder zu Hause betreuen, in den Ausbau von Betreuungseinrichtungen zu investieren.

In einer durch die SPD initiierten Aktuellen Stunde stand das Steuerkonzept der FDP auf der Tagesordnung. Dies lässt Schlimmes für die Menschen, das Land und die Städte und Gemeinden befürchten. Nur die FDP-Klientel der Besserverdienenden wird mehr Geld in der

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe VII/2010)

Tasche haben. Für alle anderen bedeutet es: Weniger Netto vom Brutto. Wenn es Schwarz-Gelb wirklich darum geht, dass die Menschen mehr im Geldbeutel haben, dann können ihre Abgeordneten unserem Antrag für einen gesetzlichen Mindestlohn, den wir in der vergangenen Woche beraten haben, zustimmen.

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Johannes Pflug



Bärbel Bas



IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND V.I.S.D.P.: BÄRBEL BAS, MDB / JOHANNES PFLUG, MDB
REDAKTION: MANUEL REIß, SILVIA POPP
PLATZ DER REPUBLIK 1,
11011 BERLIN
DIE TEXTE KOMMEN ZUM TEIL VON DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Inhalt

Für einen gesetzlichen Mindestlohn.....	3
FDP-Steuerkonzept wird für Bürger extra teuer	5
Hin und Her bei der Kurzarbeit beenden.....	6
Afghanistan: Kriegsrhetorik löst keine Probleme	7
Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit müssen steuerfrei bleiben	9
Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt.....	10
Effektivere Arzneimittelversorgung durchsetzen.....	11

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe VII/2010)

TOPTHEMA

Für einen gesetzlichen Mindestlohn

Die SPD-Bundestagsfraktion will gerechte Löhne für gute Arbeit. Jeder Mensch muss in Würde arbeiten können. Dazu gehört auch eine gerechte Entlohnung. Wettbewerb muss über bessere Produkte und Dienstleistungen, effizienteres Management und klügere Ideen stattfinden - nicht über Niedriglöhne. Nur so bringen wir den Standort Deutschland voran. Wer Dumpinglöhne zahlt beutet doppelt aus: die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch alle Steuerzahler. Sie müssen für die ergänzenden Hilfen des Staates aufkommen. Mit unserem Antrag „Gesetzlichen Mindestlohn einführen - Armutslöhne verhindern“ (Drs. 17/1408) setzen wir uns für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ein.

Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer soll einen Rechtsanspruch auf eine Mindestvergütung haben. Menschen, die Vollzeit arbeiten, müssen von ihrer Arbeit menschenwürdig leben können. Mit dem Antrag werden Arbeitgeber verpflichtet, ihren Beschäftigten einen Lohn mindestens in der gesetzlichen Höhe zu zahlen. Es wird außerdem das Verfahren zur Mindestlohn-Festsetzung durch ein Expertengremium festgelegt. Vertragliche Vereinbarungen niedrigerer Löhne sind dann unwirksam. Das Arbeitnehmerentsendegesetz soll außerdem auf sämtliche Branchen ausgedehnt werden, damit die Tarifparteien höhere Branchen-Mindestlöhne durch Rechtsverordnung verbindlich festlegen lassen können.

Deutschland ist eine der wenigen westlichen Industrienationen, in denen es keinen gesetzlichen Mindestlohn gibt. Der gesetzliche Mindestlohn muss durch ein Expertengremium immer wieder neu bestimmt werden. Das erlaubt, bei der Neufestsetzung die Erfahrungen der vergangenen Zeit zu berücksichtigen. Bei der erstmaligen Festlegung der Höhe des Mindestlohnes muss die Existenzsicherung entscheidendes Kriterium sein. Es ist der Sozialdemokratischen Partei in Regierungsverantwortung gelungen, die Zahl der Mindestlöhne in Deutschland auszubauen und für branchenbezogene Mindestlöhne mit dem Arbeitnehmerentsendegesetz und dem Mindestarbeitsbedingungengesetz wirksame Grundlagen zu schaffen. Unabhängig davon braucht Deutschland aber einen allgemeinen

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe VII/2010)

gesetzlichen Mindestlohn. Das gilt erst Recht, wenn ab dem 1. Mai 2011 vollständige Freizügigkeit auf dem europäischen Arbeitsmarkt herrscht. Das darf nicht der Beginn eines Wettbewerbs um Dumpinglöhne werden. Die Branchen mit einem Mindestlohn beispielsweise im Baugewerbe oder in der Gebäudereinigung haben eine positive Beschäftigungswirkung. Auch die anderen europäischen Länder haben mit Mindestlöhnen gute Erfahrungen gemacht. In Großbritannien ist die Beschäftigungsrate stetig gestiegen seit es dort einen Mindestlohn gibt.

Das Ausmaß der Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland hat seit Mitte der 1990er Jahre deutlich zugenommen. Fast jeder zehnte Beschäftigte verdient weniger als sechs Euro die Stunde. Bei einer 40-Stunden-Woche sind das etwa 1.000 Euro brutto. Unterhalb der Niedriglohnschwelle von rund neun Euro arbeiten sogar doppelt so viele Menschen, insgesamt mehr als jeder fünfte Beschäftigte. In den vergangenen 15 Jahren ist er um rund die Hälfte gewachsen. Rund 70 Prozent der im Niedriglohnssektor Tätigen sind Frauen. Sie würden von der Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohnes besonders profitieren. Über eine Million Beschäftigte erhalten staatliche Ergänzungsleistungen zu ihrem Lohn, damit sie über die Runden kommen. Der unlautere Wettbewerbsvorteil, den Dumpinglöhne einem Unternehmen bieten, wird damit durch Steuern finanziert. Diese Art des Steuereinsatzes setzt genau die falschen Anreize. Uns kommt es darauf an, seriös arbeitende Unternehmen zu unterstützen, indem wir faire Wettbewerbsbedingungen sichern.

Die Union und die FDP lehnen gesetzliche Mindestlöhne ab. Die Union möchte Niedriglöhnen mit einem Kombilohn-Modell begegnen, die FDP schlägt ein „Bürgergeld“ vor. In beiden Modellen sollen niedrige Löhne durch staatliche Zuschüsse ergänzt werden. Die Instrumente zur Schaffung und Sicherung existenzsichernder Löhne werden entschärft. Die bereits eingeführten Mindestlöhne stehen unter einem Evaluationsvorbehalt. Es ist davon auszugehen, dass keine neuen Branchen ins Arbeitnehmerentsendegesetz aufgenommen werden. Durch ein „doppeltes Veto“ der Arbeitgeber im Tarifausschuss und der FDP im Kabinett werden Mindestlöhne blockiert. Das gesetzliche Verbot sittenwidriger Löhne ist Augenwischerei. Denn heute schon sind Löhne, die Tariflöhne oder ortsübliche Löhne um mehr als ein Drittel unterschreiten, nach höchstrichterlicher Rechtsprechung unzulässig.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe VII/2010)

AKTUELLE STUNDE

FDP-Steuerkonzept wird für Bürger extra teuer

Die FDP-Steuerpolitik will jetzt fünf statt drei Stufen im Tarif, sie will ihn 2012 statt 2011 einführen, und er soll 16 Milliarden statt 24 Milliarden Euro kosten. Es bleibt auch damit bei der fundamentalen Verantwortungslosigkeit und Ungerechtigkeit der Pläne. In den öffentlichen Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden besteht kein Spielraum für weitere Entlastungen. Die durch die Steuersenkung verursachten Haushaltslöcher müssen durch andere Maßnahmen gegenfinanziert werden. Insbesondere die Kommunen werden gezwungen sein, die Steuerausfälle durch Leistungseinschränkungen und durch Beitrags- und Gebührenerhöhungen zu kompensieren.

Um aus ihrer Steuerfalle vor der NRW-Wahl noch irgendwie heraus zu kommen, wird jetzt aus der Koalition heraus das Thema „Steuervereinfachung“ gespielt: Es sei kurzfristig viel opportuner, die Steuern zu vereinfachen als sie zu senken. Die dem Bürger versprochene Steuerentlastung könne dann später kommen. Aber wie soll diese Steuervereinfachung aussehen? Das, was die FDP in ihrem neuesten Steuerreformkonzept hierzu anbietet lässt Schlimmes befürchten: nämlich eine Steuervereinfachung auf dem Rücken von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Gering- und Durchschnittsverdienern und zu Gunsten der „Besserverdiener“-Klientel. Entgegen der Behauptung der FDP ist der Stufentarif kein effektiver Beitrag zur Steuervereinfachung. Die Komplexität des Steuerrechts liegt in der Ermittlung der Bemessungsgrundlage. Daran ändert der Stufentarif nichts. Der bisherige linear-progressive Einkommensteuertarif stellt eine Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit am Besten dar.

Nach der NRW-Wahl wird es deutlich werden: Das Steuerkonzept der FDP kommt Bürgerinnen und Bürger teuer zu stehen. Wer am meisten verdient, bekommt auch am meisten hinzu. Von den drohenden Gegenfinanzierungen durch Einschnitte und Belastungen an anderer Stelle jedoch sind Gering- und Durchschnittsverdiener am stärksten betroffen. Am Ende bleibt „weniger Netto“ für die meisten Menschen.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe VII/2010)

ARBEIT

Hin und Her bei der Kurzarbeit beenden

Die SPD will eines der erfolgreichsten arbeitsmarktpolitischen Instrumente der letzten Bundesregierung gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise fortführen und ergänzen: die Kurzarbeit. Hierzu wurde unser Antrag „Beschäftigte vor Arbeitslosigkeit schützen - Konditionen für Kurzarbeit verbessern“ (Drs. 17/523, 17/1446) abschließend im Bundestag beraten. Ein drastischer Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland infolge der Finanzkrise konnte vor allem durch die Kurzarbeit verhindert werden.

Nachdem die Bundesregierung die Sonderregelungen zur Kurzarbeit ab 2011 zunächst verschlechtert hat, macht Bundesministerin von der Leyen auch hier eine Kehrtwende und plant nun - wie von der SPD gefordert - die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge über das Jahr 2010 hinaus zu verlängern. Deutschland muss vor dem Hintergrund der Arbeitsmarktprognosen an dem Instrument der Kurzarbeit festhalten. Die Prognosen für 2010 und darüber hinaus zeigen deutlich, dass Kurzarbeit auch weiterhin ein Hauptelement der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Deutschland sein muss.

Die Bundesregierung ist offensichtlich der Realität arbeitsmarktpolitisch nicht gewachsen. Ihre Pläne scheitern an der Wirklichkeit, wie bereits bei der Neuorganisation der Jobcenter. Auch bei den Regelungen zur Kurzarbeit musste Bundesministerin von der Leyen einsehen, dass ihr erstes Gesetz nicht zu Ende gedacht war. Ohne eine Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge können sich viele Unternehmen Kurzarbeit nicht leisten, und auch strukturell durchaus gesunde Betriebe müssten krisenbedingt entlassen. Zur Beschäftigungssicherung dürfen sich die Bedingungen für Kurzarbeit im kommenden Jahr nicht verschlechtern. Die Betriebe brauchen jetzt schnell Sicherheit für ihre Personalplanung.

Die überraschend gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist auch ein wesentlicher Verdienst der Kurzarbeit. Mit ihrer Hilfe konnten Hunderttausende von Arbeitsplätzen gerettet werden. Die Bundesregierung droht diesen Erfolg mit ihrem Hü und Hott bei den Regelungen zu verspielen. Was die Regierung mit ihrem Gesetzentwurf zur Arbeitsmarktpolitik in einem

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe VII/2010)

Hau-Ruck-Verfahren, die Wahlen in Nordrhein-Westfalen im Nacken, auf den Weg bringen will, ist lediglich simuliertes Regieren ohne eigene Ideen und Konzepte. Ministerin von der Leyen ist auf Druck des Koalitionspartners hinsichtlich der Dauer der Kurzarbeiterregelung bereits zurück gerudert. Staat Mitte 2012, soll die Frist nun im März 2012 auslaufen.

Unsere Forderungen zur Kurzarbeit haben sich in der Praxis bewährt und sind nicht mit der heißen Nadel gestrickt:

- Anhebung der maximalen Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld auf 36 Monate
- Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge in diesem Zeitraum
- Fortführung der Weiterqualifizierung
- Unbürokratische Verlängerung der Bezugsfrist für Unternehmen in Kurzarbeit
- Zugang zum Kurzarbeitergeld bei Nachweis von mehr als zehn Prozent Entgeltausfall
- Inanspruchnahme von Kurzarbeit auch für Zeitarbeitsfirmen.

AUSSENPOLITIK

Afghanistan: Kriegsrhetorik löst keine Probleme

Am 22. April 2010 fand auf Grund der aktuellen Angriffe auf Soldaten der Bundeswehr eine Regierungserklärung zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan durch Bundeskanzlerin Merkel im Parlament statt. In seiner Erwiderung machte der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel deutlich, dass die SPD das ISAF-Mandat weder „semantisch noch faktisch“ ändern wolle. Gleichzeitig kritisierte Gabriel die Kriegsrhetorik der Kanzlerin und ihres Verteidigungsministers. Er forderte die Bundesregierung auf, den Einsatz in Afghanistan unabhängig und wissenschaftlich zu evaluieren sowie eine internationale Debatte über die innerafghanische Versöhnung zu führen. Beides sei wichtig, wenn das Parlament erneut über das Mandat entscheiden muss.

Vor Beginn der Regierungserklärung gedachte der Bundestag der in Afghanistan gefallenen Soldaten. Auch der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel ging auf die Bundeswehropfer in Afghanistan ein und überbrachte die Anteilnahme der SPD-Fraktion. Er erinnerte dabei an

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe VII/2010)

frühere Opfer und auch an die zivilen Helfer unter ihnen. Niemand könne den Verlust eines Menschen ungeschehen machen, „kein Wort wird die Familien trösten,“ so der SPD-Parteivorsitzende. Die Soldaten seien nicht freiwillig in Afghanistan. Sie hätten „Anspruch auf unsere Solidarität, Unterstützung sowie Respekt vor ihrem Mut und Tapferkeit in einem gefährlichen Einsatz“. Deshalb sei es wichtig, dass Auslandseinsätze ernsthaft debattiert werden.

Aufgrund der Toten und Verletzten in Afghanistan in jüngster Zeit wachse in der Bevölkerung der Zweifel am Einsatz und es werde die Frage gestellt, ob „unsere Ziele und die der NATO“ noch erreichbar wären. „Mit jedem toten Soldaten schwindet die Einsicht in den Einsatz,“ so Gabriel. Auslandseinsätze seien keine Selbstverständlichkeit und „das soll auch so bleiben.“ „Wir dürfen uns nicht an tote Soldaten und zivile Helfer gewöhnen,“ sagte Gabriel. Aber, wenn das Vertrauen der Menschen in die Entscheidung des Parlaments über den Einsatz schwinde, dann stände der Einsatz auf wackligen Füßen. Denn das Vertrauen der Bevölkerung sei die „eigentliche Rückendeckung“ für den Einsatz.

Afghanistan dürfe nicht wieder zum Rückzugsraum für Terroristen werden. Zurzeit seien die Taliban wieder erstarkt, wodurch die Skepsis in der Bevölkerung hier und in den USA wachse. Die SPD habe mehrheitlich dem Mandat inklusive der geänderten Strategie Ende Februar zugestimmt, weil damit eine klare Abzugsperspektive verbunden ist. Bei dem UN-Einsatz ginge es weiterhin um die Stabilisierung des Friedens in der Region. „Eine Bundesregierung, die sich diesem Mandat verpflichtet fühlt, kann sich auf uns verlassen,“ erklärte der SPD-Vorsitzende an die Kanzlerin gerichtet.

Gabriel verstehe, dass die Bevölkerung angesichts der aktuellen Vorfälle in Afghanistan nichts für politische Semantik übrig habe. Er kritisierte die Kriegsrhetorik der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Afghanistan-Einsatz. „Wer meint, dass die Bundeswehr in Afghanistan Krieg führen soll, der muss sagen, ob er damit etwas konkret anderes meint, als wir das heute tun“ sagte Gabriel. Der Kriegsbegriff löse keine Probleme. Der SPD-Parteivorsitzende warnte die Bundesregierung davor, sich nur zum „Echolot öffentlicher Gefühle“ zu machen. Wenn die Kanzlerin und der Außenminister von Krieg

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe VII/2010)

sprechen und der Außenminister nicht, dann zeige dies, dass nicht alle in der Regierung das gleiche Verständnis vom Einsatz haben. Die SPD habe immer deutlich gesagt, dass der Einsatz gefährlich sei.

Der SPD-Vorsitzende bekannte sich in seiner Rede zum ISAF-Einsatz, aber er sprach sich gleichermaßen gegen eine „semantische oder faktische Änderung“ des Mandats aus. Gabriel forderte eine unabhängige und wissenschaftlich gestützte Evaluation des ISAF-Einsatzes in Bezug auf seine Ziele und die Strategie. Dies sei auch Teil der Fürsorgepflicht gegenüber der Soldaten und notwendig, wenn über das Mandat zu entscheiden ist.

FINANZEN

Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit müssen steuerfrei bleiben

Bei der Vorstellung ihres Steuerkonzepts hat der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende der FDP, Andreas Pinkwart, ausdrücklich eingeräumt, dass zur Finanzierung dieses Konzepts die Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit gestrichen werden kann. Wir haben in dieser Woche jedem Bundestagsabgeordneten aus Nordrhein-Westfalen die Gelegenheit gegeben, ehrlich und offen zu zeigen, ob er die Steuerfreiheit der Zuschläge abschaffen will oder nicht. Unser Antrag zum Erhalt der steuerfreien Zuschläge für Polizisten, Krankenschwestern oder Industriearbeiter, die auf Nachtschicht gehen (Drs. 17/244, 17/1458), wurde in namentlicher Abstimmung von den Abgeordneten der Koalition abgelehnt. Damit haben CDU, CSU und FDP ein klares Bekenntnis zur Steuerfreiheit der Zuschläge verweigert.

Bei der Frage, wie Steuersenkungen in Zeiten hoher Verschuldung zu bezahlen sind, wird immer wieder die Streichung der Steuerfreiheit der Sonn- und Feiertags- sowie der Nachtzuschläge ins Gespräch gebracht. Eine solche Forderung richtet sich vor allem gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die unter erschwerten Bedingungen Schicht- und Wochenendarbeit leisten müssen. Eine Streichung der Steuerfreiheit der Zuschläge hätte für weite Teile der Beschäftigten empfindliche Einkommenseinbußen von insgesamt über 2

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe VII/2010)

Milliarden Euro zur Folge. Schichtarbeiter, Krankenschwestern und Polizisten würden so die Steuergeschenke für die Reichen bezahlen.

Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt

Die Welle der Selbstanzeigen bei Steuerhinterziehung zeigt, welche Ausmaße dieser systematische Rechtsbruch hat. Es geht um Tausende von Fällen, in denen bis zu 400 Millionen Euro an Steuern hinterzogen werden. Nach geltendem Recht jedoch verzichtet der deutsche Staat auf eine Bestrafung, wenn der Täter sich selbst anzeigt und die „verkürzten“ Steuern entrichtet.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte haben allerdings gezeigt, dass diese Regelung keinen Rückgang der Steuerhinterziehung bewirkt, sondern letztlich nur den Täter vor Bestrafung bewahrt. Ohne massiven Entdeckungsdruck wie durch den Ankauf der sog. Steuer-CDs wird auch in Zukunft kaum ein Steuerhinterzieher zur Selbstanzeige neigen. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf zur Änderung der Abgabenordnung (Drs. 17/1411) vorgelegt, der die Möglichkeit der strafbefreienden Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung abschafft. Es muss ein für allemal deutlich werden: Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt und geht zu Lasten der ehrlichen Steuerzahler. Da darf auch die Rücksicht auf die eigene Klientel keine Rolle spielen. Schwarz-Gelb wird sonst auch noch zum Schutzpatron der Steuerhinterzieher.

Wer den Kampf gegen Steuerhinterziehung verhindert, untergräbt die Fundamente der sozialen Marktwirtschaft. Gerade die steuerehrlichen Bürgerinnen und Bürger mit niedrigen und mittleren Einkommen sind die Geschädigten. Eine faire, gerechte und gleichmäßige Besteuerung ist die Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und einen handlungsfähigen Staat. Steuerhinterziehung schadet nicht einem abstrakten Staat oder straft den Finanzminister: Wer Steuern hinterzieht, schadet seinem Nachbarn, seiner Familie, seinen Freunden. Denn der Staat muss die Bereitstellung all der öffentlichen Leistungen finanzieren können, die die Bürgerinnen und Bürger täglich in Anspruch nehmen.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe VII/2010)

GESUNDHEIT

Effektivere Arzneimittelversorgung durchsetzen

Das dynamische Wachstum der Arzneimittelausgaben ist maßgeblich verantwortlich für die schwierige Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherung. Es muss unverzüglich gehandelt werden, um die Qualität der Arzneimittelversorgung zu erhöhen und gleichzeitig ihre Wirtschaftlichkeit zu verbessern.

Bundesgesundheitsminister Rösler hat viel zu spät angefangen tätig zu werden. Allerdings sind seine Vorschläge zur Senkung der Arzneimittelausgaben mutlos und wenig effektiv. Diese faulen Kompromisse mit Pharmaindustrie und Apothekern gehen sogar zu Lasten der Versicherten und der Verbraucher. Sie zeigen, für wen diese Koalition Gesundheitspolitik macht.

Deshalb schlägt die SPD-Bundestagsfraktion in ihrem Antrag „Effektivere Arzneimittelversorgung“ (Drs. 17/1201), der am 22. April im Deutschen Bundestag erstmalig beraten wurde, unter anderem folgende Maßnahmen vor, um die gesetzlichen Krankenversicherungen und vor allem ihre Versicherten zu entlasten:

- Der Herstellerrabatt, den pharmazeutische Unternehmer den gesetzlichen Krankenkassen gewähren muss, wird mit sofortiger Wirkung von 6 Prozent auf 16 Prozent angehoben, bei gleichzeitiger Einführung einer zeitlich begrenzten Preisbegrenzung.
- Die Rabatte des Großhandels an Apotheker werden abgeschöpft durch Festsetzung eines fixen Großhandelszuschlags in der Arzneimittelpreisverordnung.
- Jedes neue Arzneimittel muss seine Wirtschaftlichkeit nachweisen („vierte Hürde“), um neben der arzneimittelrechtlichen Zulassung auch seine Erstattungsfähigkeit zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung zu erhalten.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



KURZ & GUT

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug (Ausgabe VII/2010)

- Das finanzielle Risiko bei der Anwendung innovativer Krebstherapien wird zwischen Krankenkassen und pharmazeutischen Herstellern geteilt.
- Der Gemeinsame Bundesausschuss erstellt eine Liste aller Arzneimittel, die zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung verordnet werden können.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de